

Komm in den Förderverein!

Eintreten, um die gute Arbeit des Vereins abzusichern

Erwerbslose Gewerkschaftsmitglieder haben 1986 den Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V. gegründet. Der Verein ist Träger der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Wir verstehen uns als Sprachrohr für die Interessen erwerbsloser und prekär beschäftigter Menschen. Wir wollen helfen, diesen Interessen gesellschaftlich und auch in den Gewerkschaften eine laute Stimme zu geben. Wir setzen auf die Beteiligung und die Selbstorganisation der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten und bieten den Raum, in dem alle Betroffenen für ihre Interessen eintreten und aktiv werden können.

Ziel unserer Arbeit ist es, das vielfältige Netzwerk der Erwerbsloseninitiativen zu verbreitern. Wir verstehen uns daher auch als Scharnier zwischen Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen. Wir wollen einen lebendigen Austausch untereinander befördern, zu gemeinsamem Handeln anregen und das vielfältige Engagement der Aktiven vor Ort unterstützen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns ein für Solidarität statt Ellenbogen, für Teilhabe statt Ausgrenzung und für ein Einkommen, das für ein gutes Leben reicht.

Wir wollen es nicht hinnehmen, dass Arbeitnehmer*innen immer neue Opfer abverlangt und Erwerbslose in die Armut gedrängt werden – während sich einige wenige einen immer größeren Anteil des gesellschaftlichen Reichtums aneignen. Beschäftigte und Erwerbslose haben gemeinsame Interessen. Wir wehren uns dagegen, dass Erwerbslose als billigere Konkurrenz und Drohpotenzial gegen die Beschäftigten in Stellung gebracht werden, um die Belegschaften zu erpressen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen!

Wir wollen, dass Erwerbslose ihre Rechte gut kennen und die ihnen zustehenden Leistungsansprüche auch durchsetzen können. Dafür braucht es auch kundige Berater*innen, die immer auf dem neuesten Stand sind.

Unsere Ratgeber, Flyer und Info-Blätter bieten verständliche und lebensnahe Informationen für Erwerbslose und prekär Beschäftigte. Sie werden regelmäßig aktualisiert und enthalten Tipps, die bares Geld wert sein können. Wir schulen ferner Menschen, die Erwerbslose vor Ort entsprechend beraten, z.B. mit kompetenten Arbeitshilfen, Mustertexten, elektronischen Rundbriefen zu ausgewählten Beratungsthemen und Tipps zu kniffligen Verfahrensfragen. Fünfmal im Jahr erscheint das A-Info, mit Infos über Gesetzesänderungen sowie praktischen Tipps und Hilfen für die politische Arbeit und die Be-

ratung von Erwerbslosen. Das A-Info ist für Mitglieder des Fördervereins kostenlos zu beziehen. Wir veröffentlichen es rund einen Monat nach seinem Erscheinen auch auf unserer Homepage. Mitglieder des Fördervereins erhalten zusätzlich das in rein digitaler Form unregelmäßig erscheinende E-Info sowie Rundmails mit weiteren politischen und rechtlichen Informationen.

Mit politischen Aktionen und Kampagnen werben wir für Solidarität und für einen Politikwechsel im Interesse von Beschäftigten und Erwerbslosen. Außerdem veranstalten wir einmal im Jahr eine Arbeitstagung, die unterschiedliche Fragen unseres Themengebietes eingehend beleuchtet. Unser Internet-Auftritt www.erwerbslos.de bietet vielfältige Informationen und Materialien zum Herunterladen oder Bestellen. Die dort ebenso zu findende Adressen-Datenbank weist den Weg zu rund 600 örtlichen Beratungsstellen, Arbeitslosentreffs und Initiativen.

Wir vernetzen die Erwerbsloseninitiativen, vermitteln Kontakte und fördern Zusammenarbeit. Für Gewerkschaften und Initiativen stehen wir ferner als Info- und Anlaufstelle zur Verfügung, für Fragen zum Leistungsrecht bis hin zu Rat und Hilfe bei allen Aktivitäten für Erwerbslose und prekär Beschäftigte.

Für unsere Arbeit erhalten wir eine Grundfinanzierung vom DGB und den Einzelgewerkschaften, sind jedoch zusätzlich dringend auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen, um unsere vielen Aktivitäten aufrechterhalten und ausbauen zu können.

Wer Mitglied wird, der zeigt vor allem eins: Solidarität. Darum Mitglied werden – jetzt!

Formulare und weitere Informationen: www.erwerbslos.de oder Tel: 030/ 868 767-00.



Armut auf Rekordhoch

Paritätischer Wohlfahrtsverband veröffentlicht Armutsbericht 2021

Laut dem aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der im Dezember 2021 veröffentlicht worden ist, hat die Armutsquote in Deutschland mit 16,1 Prozent – das entspricht 13,4 Millionen Betroffenen - im Pandemie-Jahr 2020 einen neuen Höchststand erreicht.

Es gibt eindeutige Verlierer der Corona-Pandemie, bei denen die Einkommensarmut deutlich zugenommen hat. Der Paritätische wirft der Politik bei der Bekämpfung der sozialen Folgen der Pandemie zudem Fehler vor, die sich in eine lange Reihe früherer armutspolitischer Versäumnisse einreihen würden. Der Bericht verlangt von der neuen Bundesregierung, endlich die materielle und soziale Ausgrenzung der betroffenen armer Menschen abzubauen.

Ein Schwerpunkt des Armutsberichts besteht in der Untersuchung der Pandemie-Auswirkungen auf verschiedene soziale Gruppen. Da zeigt sich, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie einige Gruppen ungleich härter treffen als andere Gruppen in der Gesellschaft. Zwar hätte das Kurzarbeitergeld, aber auch das Arbeitslosengeld durchaus als Mittel zur Armutsbekämpfung gewirkt, so der Bericht.

Sie hätten zwar keine Einkommenseinbußen verhindert, aber offensichtlich viele Menschen in der Krise vor dem Abgleiten in die Armut bewahrt. Dennoch sei die Armut unter Erwerbstätigen und hier vor allem bei den Selbständigen durch die Corona-Pandemie stark gewachsen. Das schlage sich auch in den Armutsquoten nieder: Zählte die Mikrozensushebung des Statistischen Bundesamtes 2019 unter den Erwerbstätigen insgesamt 8 und unter den Selbständigen 9 Prozent Arme, kommt die 2020er Erhebung auf 8,7 Prozent bei den Erwerbstätigen und sogar 13 Prozent bei den Selbständigen.

Der Paritätische kritisiert in dem Bericht auch politische Versäumnisse der Großen Koalition, deren Krisenbewältigungspolitik zwar teilweise neue Armut verhindert hat, aber zu wenig für die Menschen getan habe, die bereits vor Beginn der Pandemie in Armut lebten.

Für die Ärmsten und ihre besonderen Nöte habe die große Koalition 2020 gar nichts und in 2021 bestenfalls den berühmten Tropfen auf den heißen Stein übrig gehabt. Die Lage der betroffenen Menschen habe sich so deutlich verschlechtert.

Denn in der Pandemie stelle sich die Lage der Armen durch zusätzliche Ausgaben z.B. für Masken und durch Zugangseinschränkungen bei der sozialen Infrastruktur (u.a. weitgehender Wegfall des kostenlosen Mittagessens für Schüler*innen aus armen Haushalten und Einschränkungen bei den Lebensmitteltafeln) als stark belastet dar.

35 Prozent der erwachsenen Armen gehen laut der Studie aktuell einer Erwerbstätigkeit nach. Weitere 35 Prozent sind erwerbslos, darunter ein großer Teil, der aus verschiedenen Gründen nicht sofort eine Arbeit aufnehmen kann, beispielsweise wegen der Betreuung von kleinen Kindern oder wegen einer laufenden beruflichen Qualifizierung. 30 Prozent der Armen sind außerdem Rentner oder Rentnerinnen.



Diese Armutsverteilung legt für den Paritätischen nahe, „... dass einem Großteil der Armen in Deutschland durch eine rein arbeitsmarktorientierte Politik nach dem vielzitierten Motto ‚Sozial ist was Arbeit schafft‘ nicht geholfen“ werden kann. „Eine Armutspolitik, die wirklich Wirkung entfaltet, wird nicht um eine sehr direkte Verbesserung der finanziellen Situation der Armen umhin kommen.“

Von der neuen Bundesregierung der Ampelparteien fordert der Verband besonders eine umgehende Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung auf einen Betrag von deutlich über 600 Euro für Alleinstehende. Angesichts der zentralen Rolle des Regelsatzes bei der Bekämpfung der Armut seien gerade bei dessen bedarfsgerechter Festlegung jetzt Taten der neuen Regierung gefragt.

Ferner müsse besonders Altersarmut beseitigt, die Schutzwirkung der Arbeitslosenversicherung gestärkt und die Mietpreise eingedämmt werden.

Der gesamte Bericht kann hier heruntergeladen werden: <https://tinyurl.com/ywwdk42r>